

6
77

Union in Deutschland

Bonn, den 10. Februar 1977

Den Willen zur Leistung stärken

Am 4. Februar 1977 hat die Union den 80. Geburtstag des Mannes gefeiert, mit dessen Namen die Soziale Marktwirtschaft am engsten verknüpft ist: Ludwig Erhard. Die mit seinem Namen verbundene Wirtschaftsordnung ist für uns Erbe und Auftrag zugleich.

Auf den Jahrestagungen der Mittelstandsvereinigung (Eltville) und des Wirtschaftsrates (Bonn) stellte Helmut Kohl mit Nachdruck fest: Die Soziale Marktwirtschaft wird für die Union zu keinem Zeitpunkt Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen sein. Zu dieser Wirtschaftsordnung gehört das freie Unternehmertum mit einem starken und leistungsfähigen Mittelstand. Der Mittelstand ist und bleibt eine der tragenden Säulen unserer freiheitlichen und sozialen Ordnung. Schwer erschüttert wurde diese Ordnung durch das explosionsartige Ansteigen der Konkurszahlen und Betriebs-einstellungen bei den Klein- und Mittelbetrieben. Die SPD/FDP hat sieben Jahre eine Steuer- und Wettbewerbspolitik betrieben, die den mittelständischen Betrieben immer neue Lasten und Verpflichtungen auferlegt hat, statt den Freiraum für

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ ARBEITSLOSE

Die Talfahrt auf dem Arbeitsmarkt ist noch nicht zu Ende.

Seite 4

■ BUNDESWEHR

Wir wollen den Staatsbürger in Uniform und nicht den Parteibürger in Uniform — die Lehren aus der jüngsten Leber-Affäre.

Seite 5

■ BUNDESTAG

Wer ist schuld am Untergang der ersten deutschen Republik? Wortlaut der persönlichen Erklärung des MdB Helmut Sauer im Bundestag.

Seite 7

■ MITTELSTAND

Auf dem 22. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung wurde eine neue Führungsmannschaft gewählt.

Seite 11

■ WIRTSCHAFTSRAT

Die Ordnungspolitik ist das Motto, das sich wie ein Leitmotiv durch die gesamten Überlegungen des Wirtschafts-rates hindurchzieht. Mitglieder-versammlung in Bonn.

Seite 13

■ PARTEIARBEIT

Wandzeitungen — ein wirk-sames Mittel für die Öffentlich-keitsarbeit.

Seite 14

■ DOKUMENTATION

Europa braucht die Harmoni-sierung der Sozialpolitik.
grüne Beilage

(Fortsetzung von Seite 1)

Verantwortung, Risikobereitschaft und Anpassungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft zu gewährleisten.

Die SPD/FDP hat es versäumt, die Bereitschaft und die Fähigkeit zu Investitionen gerade im mittelständischen Bereich zu stärken. Für die Union ist ein leistungsfähiger Mittelstand Ausdruck dafür, daß der Wille zur Leistung lebt und die Bereitschaft zur persönlichen Verantwortung fortbesteht. Dies sind unverzichtbare Merkmale einer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung.

Kampf gegen Arbeitslosigkeit Problem Nr. 1

Das politische Problem Nr. 1 bleibt der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Nur durch eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums auf der Grundlage überdurchschnittlich zunehmender Investitionen ist Vollbeschäftigung schrittweise wiederzugewinnen. Deshalb ist das Infrastrukturprogramm der Bundesregierung keine realistische Antwort auf die Frage nach einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Dazu bedarf es vielmehr einer dauerhaften Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen. Die Aufbürdung immer neuer Lasten bei der Wirtschaft erzwingt geradezu Rationalisierungen auf Kosten der Beschäftigung.

Durchgreifende Sanierung der öffentlichen Finanzen

Entscheidende Voraussetzung dafür, daß der Staat seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnt, ist eine durchgreifende Sanierung der öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherung. Die Union fordert ein erneutes Durchforsten aller staatlichen Ausgaben, bevor die Frage geprüft wird, ob und welche Einnahmeverbesserungen ergriffen werden. Stattdessen versucht die Bundesregierung die Unionländer mit dem Angebot von Steuermehreinnahmen zu ködern. Dem Steuerzahler und der Wirtschaft werden einige Steuererleichterungen in Aussicht gestellt. In solcher Verpackung glaubt die Bundesregierung ihren Steuererhöhungsplan durchbringen zu können.

Diesem Handel wird die Union ein klares und entscheidendes Nein entgegensetzen. Dies ist der falsche Weg, der die schon jetzt zu große Abgabenbelastung bei Bürger und Wirtschaft weiter steigert und die Preis-Lohn-Spirale verschärft. Über eine Mehrwertsteuererhöhung ist die Union nur bereit zu diskutieren, wenn die Mehreinnahmen zu dem Zweck verwendet werden, leistungsfeindliche, sozial ungerechte und investitionshemmende Bestimmungen des Steuerrechts abzubauen.

Klares Halt dem Abgaben- und Steuerstaat

Auf die ständige Steigerung der Sozialabgaben und der Steuerlast gerade für die unteren und mittleren Einkommensschichten noch eine Mehrwertsteuer zu setzen, ist volkswirtschaftlich und sozial unvertretbar und gestattet der Bundesregierung, nur ihre unsolide Finanzpolitik fortzusetzen. Der richtige Weg kann nur darin bestehen, mehr Freiheits- und Gestaltungsspielraum für den einzelnen Bürger, für seine Wagnisbereitschaft und für sein Unternehmenstalent zu schaffen. Dem Abgaben- und Steuerstaat muß ein klares Halt entgegengesetzt werden.

■ INFORMATIONEN

Gefährliche Rechtsunsicherheit

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, unter Ausschöpfung aller juristischen Instanzen gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel anzugehen, nach dem der Verfassungsschutz nicht für die Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst zuständig ist. Die CDU vertrete die Auffassung, daß die Einbeziehung des Verfassungsschutzamtes als Hilfsorgan der Einstellungsbehörden für Bewerber zum öffentlichen Dienst nicht nur verfassungskonform, sondern auch notwendig sei. Das Kasseler Urteil, nach dem Anwärter auf Stellen im öffentlichen Dienst Anspruch auf Vernichtung von Akten zu ihrer Person hätten, schaffe ein „unerträgliches Vakuum“ bei den Einstellungsüberprüfungen. Die Konsequenz könne nur sein, daß die Behörden dann auf eine Überprüfung verzichten und damit den Ministerpräsidentenerlaß zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden vom öffentlichen Dienst aushöhlen.

Neuer Insolvenzrekord 1976

Der Insolvenzrekord 1975 wird, wie der Bonner Exklusiv-Dienst berichtet, durch die Insolvenzziffern 1976 übertroffen. Bis November 1976 waren mit 8 563 amtlich ermittelten Konkursen und Vergleichen 1 % mehr als im Vergleichszeitraum 1975 (lt. Creditreform) ermittelt. Hauptlast der Insolvenzen trugen die kleinen und mittleren Betriebe (bis zu 100 Beschäftigten), nämlich zu weit über 90 Prozent. Bei einem Mittelwert von 50 Beschäftigten gingen bis Ende November rd. 350 000 von der bis dahin

ermittelten durchschnittlichen Zahl der Arbeitslosen (= 1,05 Mill.) auf das Konto der Insolvenzenentwicklung. Die meisten Zusammenbrüche erfolgten im Handel und im Baugewerbe.

Statistik

„Wenn ich, Herr Minister, eine Flasche Wein trinke und Sie trinken keine, dann haben wir im statistischen Durchschnitt jeder eine halbe Flasche ausgetrunken, nur mit dem Unterschied, daß Sie nüchtern bleiben und ich dann besoffen bin.“ Der CDU-Bundestagsabgeordnete Daweke in seiner „Jungfernrede“ während der BAFöG-Debatte am Freitag über Wert und Unwert statistischer Durchschnittszahlen.

Warnung vor neuer Art von „Klassenkampf“

Vor einem „Klassenkampf zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen“ hat das CDU-Vorstandsmitglied Norbert Blüm gewarnt. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit forderte Blüm eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Er sprach sich dafür aus, eher einen 63jährigen durch die Rentenversicherung zu „bezahlen“, als einen 18jährigen mit Arbeitslosengeld unterstützen zu müssen. Eine Arbeitszeitverkürzung verbiete allerdings auch, die bisher gewohnten Lohnsteigerungen fortzusetzen.

Blüm bekannte sich zu der solidarischen Regelung, die Arbeit auf alle zu verteilen, und bezeichnete es als sinnvoll, eine Mutter durch die Gewährung eines Erziehungsgeldes anzuregen, „zu Hause bei ihrem Kind zu bleiben“ und dadurch ihren Arbeitsplatz für einen erwerbslosen Familienvater freizumachen.

■ ARBEITSLOSE

Talfahrt auf dem Arbeitsmarkt noch nicht zu Ende

Die Arbeitsmarktzahlen für den Januar machen deutlich, daß die winterliche Talfahrt auf dem Arbeitsmarkt noch nicht zu Ende ist. 1 248 900 Arbeitslose Ende Januar entsprechen einer Arbeitslosenquote von 5,5 %, das ist ein Anstieg gegenüber Dezember 1976 um 159 000 Arbeitslose. Nicht anders sieht es bei den Kurzarbeitern aus. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg gegenüber Dezember um 55 100 auf nunmehr 268 800.

Zwar ist die Zahl der Vollarbeitslosen um 100 000 geringer als vor einem Jahr, aber nur deswegen, weil viele ausländische Arbeitnehmer zwischenzeitlich in ihre Heimat zurückgekehrt sind und viele inländische Arbeitnehmer von der Möglichkeit eines früheren Ruhestandes Gebrauch gemacht haben. Die Zahl der Arbeitsplätze ist im Jahre 1976 trotz des Rückgangs der Arbeitslosigkeit zurückgegangen.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt macht deutlich, daß die SPD/FDP-Koalition mit dem Skandal der Dauerarbeitslosigkeit entgegen allen Ankündigungen von einem nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung nicht fertig wird. Nicht nur bei der Rentenfinanzierung, sondern auch in der Frage der Arbeitslosigkeit erweist sich, daß die Versprechungen der Regierung reine wahltak-

tische Manöver waren. Die Bundesregierung hat zwar immer wieder wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit versprochen, jedoch bis zur Stunde kein glaubhaftes Programm vorgelegt. Auch in der Frage der Arbeitsmarktpolitik ist die Koalition handlungsunfähig.

Es geht nicht nur um die schlimmen Auswirkungen für die unmittelbar betroffenen Menschen, besonders ältere Mitbürger, sondern um die verheerenden Folgen für die öffentlichen Finanzen und die Sozialversicherungsträger. Eine Million Unterstützungsempfänger statt einer Million Steuer- und Beitragszahler sind eine Anklage gegen die Bundesregierung.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu lösen. In weiten Kreisen der Wirtschaft, besonders im mittelständischen Bereich, in dem 65 % der Arbeitnehmer tätig sind und mindestens 50 % der Investitionen anfallen, ist das Vertrauen in eine vernunftorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik so erschüttert, daß Vertrauensmangel und Knappheit der Mittel eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verhindern. Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen müssen deshalb koordiniert werden, um das wirtschafts- und sozialpolitische Problem Nr. 1, Arbeitslosigkeit, endlich konkret anzupacken.

Vollbeschäftigung kann nur durch eine starke Steigerung der Investitionen schrittweise wieder herbeigeführt werden. Es geht vor allem darum, das Vertrauen der Wirtschaft in die Maßnahmen des Staates wiederherzustellen. Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, den Skandal der hohen Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

■ BUNDESWEHR

Wir wollen den Staatsbürger und nicht den Parteibürger in Uniform

Es ist ein unerhörter Vorgang, daß ein Minister öffentlich gegen einen General den Vorwurf des Ungehorsams aus einem schweren Disziplinarvergehen erhebt und sich dann weigert, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Eine größere Rechtsverletzung eines Oberbefehlshabers ist kaum vorstellbar. Jeder Kompaniechef, der so mit einem seiner Soldaten umginge, würde wegen Unfähigkeit abgelöst, stellte Manfred Wörner in der Bundestagsdebatte über die Affäre Leber fest.

Jeder Soldat — vor allem aber ein General in herausgehobener Führungsverantwortung — hat Anspruch darauf, daß bei einem so schwerwiegenden Vorwurf der Tatbestand geklärt und ihm die Möglichkeit zu rechtswirksamer Verteidigung gegeben wird, ehe sein Vorgesetzter öffentlich eine solche Behauptung erhebt. Nichts davon ist geschehen.

Einfach lächerlich aber ist es, wenn der Verteidigungsminister behauptet, das Verbleiben der beiden Generale hätte in der Truppe zu disziplinarischen Schwierigkeiten und Konflikten führen können. Nicht das Verhalten der Generale, sondern sein Verhalten den Generalen gegenüber hat zu einem erheblichen Vertrauensschwund und zu einer tiefgreifenden Verstimmung in der Truppe geführt.

Das demokratische Staatsverständnis zeichnet sich gerade dadurch aus, daß es zu scheiden weiß zwischen dem Staat auf der einen Seite und der Regierung und den sie tragenden Parteien andererseits. Das Staatswohl ist eben nicht identisch mit dem Wohl und dem Ansehen einer Partei oder einer bestimmten Regierung. Kritik an Parteien und ihren Mitgliedern und Abgeordneten bleibt legitim. Wer Kritik an der SPD mit Kritik am Staat gleichsetzt, der offenbart nur sein mangelndes Staats- und Demokratieverständnis.

Wir alle haben uns für den Staatsbürger in Uniform entschieden. Und das heißt: für eine Beteiligung des Soldaten an der demokratischen Willensbildung. Auch Soldaten haben nach Meinung der Union das Recht, Abgeordnete zu kritisieren, zumal dann, wenn ihre Äußerungen wahr sind und in der gebotenen Zurückhaltung erfolgen. Die Grenzen der Meinungsäußerung sind für die Soldaten klar. Sie liegen zum einen in der Treue zur Verfassung. Zum anderen im Gehorsam. Zum dritten liegen sie in der durch das Soldatengesetz vorgeschriebenen Zurückhaltung.

Maßstab dafür kann aber nicht das Empfinden des Kritisierten sein. Maßstab können nur objektive Kriterien bilden.

Was bleibt denn von der Meinungsfreiheit und den demokratischen Rechten des Soldaten, wenn er damit rechnen muß, bei der geringsten kritischen Be-

merkung gefeuert zu werden? Wir wollten und wollen den Staatsbürger in Uniform und nicht den Parteibürger in Uniform. Die Folgen dieser Maßregelung zweier Generale werden sehr gefährlich sein. Schwächere Naturen unter den Offizieren werden mehr denn je sich ducken lernen und sich geschmeidig in Wort und Schrift dem anpassen, was sie von oben her als erwünscht beurteilen.

Das Beste an der inneren Führung geht verloren: die Zivilcourage, der Mut vor Königsthronen. Wir ziehen uns Anpasser, Opportunisten und Duckmäuser heran, die immer mehr Angst haben werden, ein offenes Wort zu riskieren. Das aber verträgt sich nicht mit dem Bild des Soldaten, das wir haben.

Bundeswehr und Tradition

① Armee und Soldaten stehen in der Geschichte unseres Volkes. Es wäre töricht und gefährlich, diese Geschichte abschneiden zu wollen. Geschichte läßt sich vielleicht bewältigen, aber sicher nicht verdrängen. Die deutsche militärische Geschichte beginnt nicht erst mit der Bundeswehr. Es gibt militärische Traditionen in der deutschen Geschichte vor Gründung der Bundeswehr, die es lohnen, gepflegt zu werden, und es gibt militärische Führungspersönlichkeiten, die es wert sind, als Vorbilder auch für den Bundeswehrsoldaten zu gelten. Ich nenne aus der jüngsten deutschen Geschichte beispielsweise die Namen Graf Stauffenberg, Rommel, Mölders, Generaloberst Beck. Aufgabe der politischen Bildung in der Armee ist es, den jungen Menschen die richtigen Maßstäbe zur Bewertung der Geschichte zu vermitteln.

② Es gibt auch eine traditionsbildende Kraft der über 20jährigen Zeitspanne, in der die Bundeswehr den Frieden

und die Freiheit in unserem Lande sicherte. Darauf kann sie stolz sein.

③ Der noch in Kraft befindliche Traditionserlaß des Bundesverteidigungsministers von Hassel hat sich bewährt. Er liefert auch heute noch brauchbare Maßstäbe und ermöglicht einen politisch vernünftigen und vorurteilsfreien Umgang mit der Tradition.

④ Die Bundeswehr hat über Jahre hinweg in ihrer Alltagspraxis bewiesen, daß sie auch mit heiklen Fragen der Tradition weit besser fertig wird, als manche ihrer Kritiker das wahrhaben wollen.

⑤ Wir haben diese Bundeswehr als eine demokratische Armee aufgebaut und wollen, daß sie dies bleibt. Wir werden weder linksradikale noch rechtsradikale Entwicklungen in dieser Armee dulden.

⑥ Wir verabscheuen und verurteilen die Gewalttaten des NS-Regimes. Aber lassen Sie mich gerade als Angehöriger der Nachkriegsgeneration sagen: Wir achten auch den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs, der nicht minder anständig gekämpft hat und der nicht minder guten Glaubens war als der alliierte Soldat, für seine Heimat und seine Familie zu kämpfen — auch wenn mit diesem guten Glauben schrecklicher Mißbrauch getrieben wurde.

Vor diesem Hintergrund ist zum eigentlichen Anlaß der Affäre folgendes zu sagen: Man hat aus einem unpolitischen und geselligen Kameradschaftstreffen und aus der Einladung des ehemaligen Geschwaderkommodores, Oberst a. D. Rudel, eine Haupt- und Staatsaffäre gemacht. Alle Rechtfertigungsversuche und Erklärungen des Verteidigungsministers können eines nicht vertuschen: Hier wurden zwei Soldaten dem Druck der Parteilinken in der SPD geopfert.

■ BUNDESTAG

Wer ist schuld am Untergang der ersten deutschen Republik?

Beträchtliches Aufsehen erregte in der Öffentlichkeit der auf Herbert Wehner zielende Zwischenruf des Unions-Abgeordneten Helmut Sauer (Salzgitter) bei der Debatte über die Leber-Affäre im Bundestag. Helmut Sauer war wegen dieses Zwischenrufs vom amtierenden Präsidenten Schmitt-Vockenhausen gerügt worden. Später (inzwischen hatte Frau Funcke den Vorsitz übernommen) gab er folgende persönliche Erklärung ab (offizielles Protokoll).

Sauer: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf die rhetorische Frage des Herrn Bundesministers der Verteidigung „Wer ist schuld am Untergang der ersten Republik?“ habe ich wörtlich den Zwischenruf „Auch Herr Wehner!“ getan. Aus diesem Grunde bin ich vom amtierenden Präsidenten gerügt worden. Ich möchte dazu eine persönliche Erklärung abgeben.

(Zuruf von der SPD: Das gibt's doch gar nicht!)

Mir liegt ein Artikel aus der Zeitschrift „Revolutionäre Tat“ vom Mai 1926 vor. Darin schreibt Herr Wehner wörtlich:

Die erste Notwendigkeit ist die Zerstörung des Staates. Die Mittel hierzu bestehen nicht in der Eroberung der politischen Macht im bestehenden Staate. Dadurch setzt sich die Kette der Unfreiheit nur weiter fort. Die Arbeiter haben

sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, die Betriebe zu übernehmen und mit bewaffneter Hand zu verteidigen. Der bewaffnete Aufstand ist unumgänglich notwendig, um ein Ende zu machen mit dem Bestehenden. Alle Kräfte gilt es zu sammeln zum Kampf gegen die Republik und den Staat überhaupt,

(Zuruf von der SPD)

gegen das Parlament und alle anderen Institutionen, die Machtinstrumente der Kapitalisten sind.

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege Sauer, ich muß Sie daran erinnern, daß Sie eine persönliche Antwort geben können auf —

(Demonstrativer Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der CDU/CSU: Sicher! — Das ist doch eine!)

Sie können aber keine Begründung für Ihren Zwischenruf geben, sondern lediglich eine persönliche Erklärung, wie Sie dazu stehen. Wir haben jetzt keine Sachdebatte.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Sauer: Vor dem Hintergrund dieses mir bekannten Zitats und noch eines weiteren aus dem sächsischen Landtag, um dessen Zitierung ich bitten darf, Frau Präsidentin, wollte ich erklären, warum ich diesen Zwischenruf getan habe. Ich bitte, das Zitat aus dem sächsischen Landtag noch vortragen zu dürfen.

Vizepräsident Frau Funcke: Nein, Herr Kollege, das kann ich nicht zulassen.

Sauer: Dann darf ich dazu erklären: Zu der Zeit, als Herr Wehner diese Äußerung gemacht hat, hat meine Familie in der Person des Prälaten Ullitzka im Deutschen Reichstag gegen Links und Rechts gekämpft; er hat später im KZ in Dachau gesessen, ebenso der hier im Hause bekannte spätere Bundesminister Hans Lukaschek.

Da ich im Jahre 1945 geboren bin, weiß ich nur, daß Kommunisten und Nationalsozialisten am Untergang der Weimarer Republik schuld sind,

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU)

und aus diesem Grund, Herr Abgeordneter Wehner, bitte ich, meinen Zwischenruf zu verstehen.

(Erneuter Beifall bei der CDU/CSU — Pfui-Rufe bei der SPD)

Ein weiteres von der Präsidentin nicht zugelassenes Wehner-Zitat aus dem sächsischen Landtag hat laut Mitteilung der Pressestelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgenden Wortlaut:

„Sowjetrußland ist das einzige Land, in dem wir keine Krisen haben, weil die Arbeiter und Bauern herrschen; das ist das einzige Land, ein Sechstel der Erde, wo die rote Fahne mit Sichel und Hammer weht. Wir werden dafür sorgen, daß wir Anschluß an dieses Sechstel der Erde bekommen; wir werden dafür sorgen, daß bei uns reiner Tisch gemacht wird mit der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern, wie es in Sowjetrußland der Fall gewesen ist; und das Geschrei der Bürgerlichen in Deutschland, unterstützt durch die sozialdemokratische Presse, das Geschrei, das ausbricht, wenn die Herrschaft der arbeitenden Massen in Rußland Schluß

macht mit den Saboteuren der Wirtschaft, mit den offenen Feinden des Aufbaus, beweist die schlotternde Todesangst dieser bankrotten bürgerlichen Gesellschaft.“

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick schrieb daraufhin an Helmut Sauer einen Brief, in dem er ihn davor warnte, im Hinblick auf die Vergangenheit neue Gräben aufzureißen. Zu diesem Brief nahm der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Richard von Weizsäcker, Stellung. In seinem Schreiben heißt es:

„Nicht Helmut Sauer, einer unserer jüngsten Kollegen war es, sondern der Verteidigungsminister Georg Leber, der wie Sie und ich den ganzen Krieg mitgemacht hat, welcher in der gestrigen Bundestagsdebatte mit betontem Blick in eine Richtung des Hauses die Frage aufwarf, ‚woran denn wohl die erste deutsche Demokratie von Weimar untergegangen ist‘. Zur Klärung der Generalsentlassung trug das nicht bei. Es war hingegen nach den Worten von Leber ein sehr persönliches Wort zur Vergangenheit.“

Dürfen wir Älteren uns darum wundern, wenn ein junger Kollege, dessen eigene Denkweise und dessen Familie wahrlich ernsthaft durch diese Vergangenheit geprägt ist, sich auch zu einer persönlichen Bewertung herausgefordert fühlte?

Jeder von uns hat in seiner Jugend sein eigenes Schicksal gehabt und daraus seine eigenen jugendlichen Konsequenzen gezogen. Jeder von uns muß auf seine Weise dafür einstehen. Je besser es uns Älteren gelingt, in gemeinsamer Verantwortung mit der Vergangenheit fertig zu werden, desto mehr erleichtern wir unseren jungen Kollegen ihre Einstellung zu unserer Jugend.“

■ KOALITION

Bundesregierung als Mitwisserin belastet

Die Bundesregierung hat sich in einer Fragestunde des Bundestages gewei-
gert, ihr bekannte Informationen, die
den Ständigen Vertreter der DDR-Re-
gierung in Bonn, Michael Kohl, bela-
sten, dem deutschen Parlament be-
kanntzugeben.

Nach übereinstimmenden Aussagen
ehemaliger politischer Häftlinge aus
der DDR gehörte Michael Kohl während
seiner Studenzeit in Jena Anfang der
fünfziger Jahre zu den V-Männern der
sowjetischen Geheimpolizei, die demo-
kratisch gesonnene Studentengruppen
zerschlug. Dies wird bestätigt durch
den Leiter des Berliner Bundeshauses,
Ministerialdirektor Hermann Kreuzer
(SPD), der selber sieben Jahre Häftling
des SED-Regimes war. Er wurde 1951
von einem sterbenden jungen Genos-
sen der Jenaer sozialdemokratischen
Studentengruppe darauf aufmerksam
gemacht, daß dieser von „dem NKWD-
Spitzel Kohl“ denunziert worden sei.

Hermann Kreuzer informierte die SPD
zu dem Zeitpunkt, als Egon Bahr die
deutschlandpolitischen Verhandlungen
mit Michael Kohl aufnahm, und gab ihr
zusätzliche eigene Ermittlungsergebnisse
in dieser Angelegenheit bekannt. Er
warnte sogar Egon Bahr persönlich und
erklärte, „es wäre für einen sozialdemo-
kratischen Unterhändler wohl kaum zu
vertreten, mit einem Mann zu verhandeln
und ihm die Hand zu geben, der
nachweisbar den Tod von Sozialdemo-
kraten auf dem Gewissen hat“.

Volksfrontaktion

Die CDU-Fraktion im Hessischen Land-
tag hat die „Volksfrontaktionen von

SPD-Mitgliedern und Kommunisten“ in
Frankfurt scharf kritisiert. Der Opposi-
tionsführer im Landesparlament, Milde,
nannte es einen „handfesten Skandal“,
daß Angehörige der SPD und der DKP
in den hessischen und rheinland-pfälzi-
schen „Komitees gegen Berufsverbo-
te“, die zu einer Kundgebung in Frank-
furt aufgerufen hatten, zusammenwirk-
ten. Die Union erwartete von Ministerprä-
sident Börner, daß er sich umgehend
von diesem neuesten Volksfrontakt di-
stanzieren.

Harte IG-Metall-Kritik

Karl Heinz Janzen, geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall, setzt
sich in der jüngsten Ausgabe der Ge-
werkschaftszeitung „Metall“ in scharfen
Worten mit der Rentenpolitik der Regie-
rungskonkordanz auseinander. Nach den
Versäumnissen der Vergangenheit sei
der Bundesregierung jetzt fast jedes
Mittel recht, um das Loch in der Sozial-
versicherung stopfen zu können. Mit
dem Verlust ihrer Glaubwürdigkeit müß-
ten die Politiker selbst fertig werden,
schreibt Janzen.

Bischöfe kritisieren Bölling

In den Streit um die Personalpolitik des
Presse- und Informationsamtes der
Bundesregierung hat sich jetzt auch
das Kommissariat der deutschen Bi-
schöfe eingeschaltet. In einer Erklärung
wird festgestellt, daß die Behauptung
von Staatssekretär Klaus Bölling im
ZDF-Magazin, Angehörige einer großen
Konfession hätten früher im Bundes-
presseamt nur schwer Karriere machen
können, falsch sei. Bölling hatte sich
mit dem entsprechenden Hinweis ge-
gen den Vorwurf zu wehren versucht, in
der von ihm geleiteten Behörde würden
neuerlich wichtige Positionen nur mehr

mit Parteigängern der SPD und FDP besetzt. Die Beschöfe führen in ihrer Verlautbarung den Nachweis, daß in der Vergangenheit Katholiken und Protestanten gleichermaßen im BPA entscheidende Funktionen ausgeübt haben. Gegenwärtig aber gebe es unter den elf Spitzenkräften des Amtes nur einen Katholiken. Dies sei offenbar das Ergebnis der, wie Bölling erklärt habe, „durch Toleranz charakterisierten“ Personalpolitik im Bundespresseamt.

Klose warnt vor Spaltung

Vor einer Spaltung der Hamburger Sozialdemokraten hat der Hamburger Bürgermeister Klose auf einer Bezirkskonferenz der Jungsozialisten gewarnt. „Es darf keine Münchner Verhältnisse in der Hansestadt geben.“ Zum Problem der Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Sinne einer Einheitspolitik der Linken sagte Klose in aller Eindeutigkeit: „Bei mir hört das Genossenprinzip da auf, wo die Kommunisten anfangen.“ Der Hamburger Regierungschef wandte sich gegen eine gedankenlose Gleichsetzung der sogenannten Eurokommunisten mit Demokraten. Er sehe in Europa keine kommunistische Partei, die zweifelsfrei nach demokratischen Grundsätzen organisiert sei. Für diese Feststellung erntete Klose bei starker Unruhe im Saal teilweise auch Gelächter.

Gefährlicher Wirrwarr

Die unterschiedlichen Auffassungen in der Regierungskoalition nehmen weiter zu. Jüngstes Beispiel ist der Tariflohnabschluß in der Metallindustrie. So erklärte Bundeswirtschaftsminister Fridrichs (FDP): Der jüngste Tarifabschluß gehe über das hinaus, was die Bundesregierung für wünschenswert und anstrebenswert hält, und wenn dieser Ab-

schluß Schule mache, werde es für die Bundesregierung erheblich schwieriger, die im soeben veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht angestrebten gesamtwirtschaftlichen Eckwerte zu erreichen. Demgegenüber sieht es der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Wirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Hens, für wünschenswert an, „wenn die Erhöhung etwas kräftiger ausgefallen wäre und vor dem Komma eine sieben gestanden hätte“. Bundesfinanzminister Apel (SPD) nahm sein „sehr gut“ zum Tariflohnabschluß in der Metallindustrie wieder zurück: Er habe nicht gewußt, daß die Kostenbelastung für die Betriebe in Wirklichkeit viel höher sei als 6,9 %.

SPD beleidigt Soldaten

In den Kinzigtal-Nachrichten vom 28. Januar 1977 ist unter der Überschrift „Nun doch Bürgermeisterwahl vor den Kommunalwahlen“ von dem dortigen SPD-Parteivorsitzenden Dettmering und dem Fraktionsvorsitzenden Fietze erklärt worden: Mit der Ankündigung, den „Soldaten Kurzkurt“ als Bewerber um das Amt des Bürgermeisters auftreten zu lassen, beabsichtige die CDU offenbar bewußt eine „Herabsetzung dieser wichtigen Position“ und eine „Verhöhnung der Bürgerschaft“.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Richard Bayha hat den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Karl Wilhelm Berkhan, und Bundesverteidigungsminister Georg Leber in einem Fernschreiben gebeten, den aktiven Bundeswehrhauptfeldwebel Kurzkurt aus Schöneck, der außerdem Fraktionsvorsitzender der CDU im Main-Kinzig-Kreis ist, gegen derartige unqualifizierte Vorwürfe in Schutz zu nehmen.

■ MITTELSTANDSVEREINIGUNG

Entscheidung gegen Sozialismus fällt in der politischen Mitte

Auf dem 22. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 4. und 5. Februar in Eltville wurde in den Reden und Diskussionsbeiträgen deutlich spürbar, wie sehr sich der Mittelstand dem Erbe Ludwig Erhards, des Schöpfers der Sozialen Marktwirtschaft, verpflichtet fühlt. Der scheidende Bundesvorsitzende und neue Ehrenvorsitzende der Vereinigung, Egon Lampersbach, appellierte an die Delegierten: „Viele Bürger schauen auf uns, enttäuschen wir sie nicht!“

Entslossenheit und Aufbruchstimung vermittelte die neue Führungsmannschaft der Mittelstandsvereinigung. Der neue Vorsitzende, Prof. Gerhard Zeitel, sprach von einer Tendenzwende, einer sich anbahnenden Renaissance des Mittelstandes im politischen Bewußtsein. In dieser Situation gelte es, den Beitrag des Mittelstandes für die Erhaltung von Freiheit und Wohlstand noch klarer herauszustellen und der Anerkennung der Leistung erneut zum Durchbruch zu verhelfen.

Dies sei nicht mit lautstarken Bekenntnissen und großen Deklamationen zu erreichen, sondern nur mit harter Arbeit vor Ort. Dazu kommen müsse ein Höchstmaß an Integration, eine Stärkung der Einheit in Vielfalt, eine neue Formierung der Mittelstandsvereinigung auch über ihre bisherigen Grenzen hin-

aus. Man werde sich zunächst auf die wichtige Zielgruppe der leitenden Angestellten konzentrieren. Konflikte deswegen, etwa mit den Sozialausschüssen, schließt Professor Zeitel aus. Ihm gehe es vielmehr darum, die bestehenden Gemeinsamkeiten mit den anderen Parteigliederungen herauszustellen.

Überhaupt will der neue Bundesvorsitzende Kontakte zu allen mittelständischen Gruppierungen gegebenenfalls über Partei- und Staatsgrenzen hinaus suchen, zu den Verbänden und Organisationen der Selbständigen von Handel und Handwerk. Ihm geht es darum, die im mittelständischen Bereich Tätigen zu sammeln, um mit der Unterstützung der stärkeren Bataillone endlich wirkliche Mittelstandspolitik durchzusetzen.

Bei der Verwirklichung dieses Programms kann sich Professor Zeitel auf Persönlichkeiten stützen, die sich mit ihm zur Wahl stellten, wie Dr. Christian Schwarz-Schilling und der stellvertretende Bundesvorsitzende Hansjürgen Doss aus Mainz. Es spricht für die personelle Bandbreite der Mittelstandsvereinigung, daß in Eltville drei annähernd gleichwertige Politiker für das Amt des Bundesvorsitzenden kandidierten — und die Delegierten machten es sich nicht leicht.

So entfielen im ersten Wahlgang je 106 Stimmen auf die Kandidaten Schwarz-Schilling und Zeitel, 35 auf Doss. Im zweiten Wahlgang, der wegen eines

Fehlers bei der Abstimmung für ungültig erklärt wurde, lag dann Professor Zeitel vorne. An dieser Stelle verzichtete der hessische CDU-Generalsekretär auf eine weitere Kandidatur. Im dritten Wahlgang votierten dann von den 240 anwesenden Delegierten 180 für Gerhard Zeitel, 43 stimmten mit Nein und 17 enthielten sich der Stimme.

Unmittelbar vor der Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden zogen die Bundestagsabgeordneten Frau Ingeborg Hoffmann und Heinz F. Landré ihre Kandidatur zurück. Von den 220 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf den Vorsitzenden des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser, 213 Stimmen, auf Christian Schwarzschilding 204 und auf Hansjürgen Doss 189 Stimmen.

Für den von der CSU vorgeschlagenen Landtagsabgeordneten Richard Wengenmeier votierten 194 von 238 anwesenden Delegierten. Frau Hoffmann und Heinz F. Landré wurden mit hohen Stimmanteilen zu Beisitzern im Bundesvorstand bestellt. Ebenfalls ein hervorragendes Ergebnis erzielte bei der Wahl des Bundesschatzmeisters Dr. Göke Frerichs (Königstein/Taunus). Für ihn entschieden sich 208 der anwesenden 220 Delegierten.

Ein Höhepunkt des zweiten Tages des Bundeskongresses der Mittelstandsvereinigung in Eltville war die betont kämpferische Rede des Parteivorsitzenden Helmut Kohl (vgl. S. 1 und 2).

Der hessische CDU-Landesvorsitzende Dr. Alfred Dregger rief dazu auf, die geistige Auseinandersetzung mit dem totalitären Sozialismus bei uns noch entschiedener zu führen und den Demokraten im Osten beizustehen, zumindest durch ausführliche Information

und jede nur mögliche moralische Unterstützung. Ungeachtet aller Entspannungsbeteuerungen bleibe die Bundesrepublik vom Sowjetimperialismus unmittelbar betroffen und bedroht.

Überhaupt war der 22. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung in Eltville durch eine Reihe von Bezugnahmen auf europäische Gemeinsamkeiten gekennzeichnet. So verabschiedeten die Delegierten ein Grundsatzprogramm für die Bildung einer Europäischen Mittelstandsunion (EMU). Mittelstandspolitik, so heißt es darin, dürfe sich nicht in wirtschaftspolitischen Einzelmaßnahmen erschöpfen, sondern müsse auch als Grundelement der Gesellschaftspolitik in einem vereinigten freien Europa verstanden werden.

Diese Initiative stieß auf lebhafte Zustimmung der zahlreichen Ehrengäste aus dem Ausland. Ihre Verbundenheit mit den Zielen der Mittelstandsvereinigung unterstrich für die Oppositionsführerin im britischen Unterhaus, Frau Thatcher, die Executive Secretary Small business, Miss Philippa White. Der frühere französische Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jean de Lipkowski, machte deutlich, daß die Gaullisten in einem starken Mittelstand die „eigentliche“ Basis für eine freiheitliche Ordnung in Europa sehen. In Vertretung von Staatssekretär Tambroni setzte sich der Generalsekretär der Vereinigung für deutsch-italienische Freundschaft, Dr. Gino Ragno, für eine enge Zusammenarbeit der mittelständischen Organisationen in Europa ein. Grüße aus Belgien überbrachte F. van Stapel vom Ministerium für Mittelstand in Brüssel. Eine starke Abordnung aus Österreich machte die besondere Übereinstimmung mit den Zielen der Mittelstandsvereinigung deutlich.

■ WIRTSCHAFTSRAT

Ordnungspolitik als Leitmotiv

Die Mitgliederversammlung des Wirtschaftsrates der CDU e. V. wählte am 3. Februar turnusmäßig ein Drittel der Mitglieder des Gesamtvorstandes. Der Gesamtvorstand hat in der anschließenden Sitzung Dr. Philipp von Bismarck, MdB, als Vorsitzenden des Wirtschaftsrates sowie Frau Dr. Gudrun Lassen, Theodor Althoff, Alphons Horten, Dr. h. c. Alwin Münchmeyer und Dr. Ing. Klaus H. Scheufelen als stellvertretende Vorsitzende in ihrem Amt bestätigt. Es wurde außerdem beschlossen, am 24./25. Mai in Bonn einen Wirtschaftstag der CDU zu veranstalten.

Die Ordnungspolitik ist das Motto, das sich wie ein Leitmotiv durch die gesamten Überlegungen dieses politischen Gremiums von Unternehmern hindurchzieht. Erst die ordnungspolitischen Bedingungen durchdenken, bevor man an die Lösung einzelner Probleme herangeht, heißt die Devise des Wirtschaftsrates. Er will dazu beitragen, wie Dr. Philipp von Bismarck in Bonn zum Schluß der Tagung erklärte, die Ordnungspolitik in die parlamentarische Diskussion einzuführen.

Vornehmlich die Gewerkschaften sollen dabei angesprochen werden. Denn auch sie könnten, wie von Bismarck betonte, auf die Dauer ohne ordnungspolitische Grundsätze nicht existieren. „Gewerkschaften sind nicht allein Sa-

che der Sozialausschüsse, sie gehen die ganze Union an“, erklärte er. Der Vorsitzende berichtete, daß er seit etwa drei Jahren mit Hans Katzer darüber im Gespräch sei, wie zwischen Wirtschaftsrat und Sozialausschüssen Gespräche auf Sektions- bzw. Kreisebene veranstaltet werden könnten, um dann gemeinsam auf Bezirks- bzw. Landesebene mit dem DGB zu sprechen.

Auf dem für Mai geplanten Wirtschaftstag der Union sollen drei Themen im Vordergrund stehen: 1. Wettbewerb; 2. Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik; 3. Soziale Sicherungen. Der Wirtschaftsrat bildet Kommissionen zur Vorbereitung dieser Themen. Hier einige Schwerpunkte: Bei den Überlegungen zum Wettbewerbsrecht sollten die durch Soziale Marktwirtschaft und Ordnungspolitik gegebenen Rahmenbedingungen eine ebenso wesentliche Rolle spielen wie die Formulierung. Bei der Vermögenspolitik sollten keine auf zusätzliche Staatsleistungen zielenden Vorschläge gemacht werden.

Beim Energieproblem müsse mehr als bisher der psychologische Faktor mit in Rechnung gestellt werden. Bei der Sozialpolitik dürfen kurzfristige Überlegungen nicht die langfristigen Aufgaben verdecken. Bei den Renten z. B. sei der Grundgedanke der dynamischen Rente und die aus ihm resultierenden Strukturen unbedingt zu wahren. Es komme auf die „Verdichtung der Beziehung zwischen Leistung und Leistungsempfang“ an.

■ PARTEIARBEIT

Wandzeitungen — ein wirksames Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit

Jeder Verkehrsteilnehmer ist ein potentieller Wandzeitungsleser! Nicht nur Fußgänger und Wartende, auch Radfahrer und sogar Autofahrer können zumindest die Überschriften lesen. Verkehrsteilnehmer bilden die größte Gemeinschaft und somit den größten Leserkreis. Diesem Kreis können wir auf dem direkten Weg der Schaukästen und Schaufenster CDU-Informationen zukommen lassen.

Wandzeitungen sind genaue und preiswerte Informationsträger, die weite Kreise der Bevölkerung erreichen. Wir sollten dieses Instrument optimal nutzen.

Diese wichtige Form der Öffentlichkeitsarbeit wird von der CDU-Bundesgeschäftsstelle erkannt und unterstützt: Für das Jahr 1977 sind daher zehn bis elf Ausgaben der CDU-Wandzeitung vorgesehen. Die Verbände können also mit etwa monatlich einer Neuauflage rechnen.

Die Februarausgabe ist, wie schon gemeldet, Ludwig Erhard gewidmet. Anlässlich seines 80. Geburtstages soll der bedeutende CDU-Politiker auch auf diesem Wege geehrt werden.

Zwei weitere Ausgaben werden sich voraussichtlich mit der Planung und den Ergebnissen des 25. Bundesparteitages in Düsseldorf beschäftigen. Dieser Parteitag wird wichtige Akzente der

CDU-Politik für die nächsten Jahre setzen.

Vertrieb

Als Grundausrüstung erhalten die CDU-Kreisverbände pro Wandzeitungsausgabe 25 kostenlose Exemplare. Weitere Bestellungen können zweckmäßigerweise auch in Form eines „Dauerauftrages“ für sämtliche Ausgaben erfolgen. Zu beachten ist hier jedoch die Mindestabnahme von 25 Exemplaren.

Wandzeitungen im Angebot:

Ludwig Erhard — zum 80. Geburtstag
Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis 6,— DM pro 25 Exemplare

Best.-Nr.: 7737

Wir werden nicht zulassen, daß Kommunisten unsere Kinder zu Kommunisten erziehen.

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis 6,— DM pro 25 Exemplare

Best.-Nr. 7578

Frauen für die CDU

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 6,— DM pro 25 Exemplare

Best.-Nr. 7607

Die Union ist die stärkste politische Kraft in Deutschland

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 6,— DM pro 25 Exemplare

Best.-Nr.: 7726

Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungs- und Frachtkosten zuzüglich Mehrwertsteuer. Bitte richten Sie Ihre Bestellungen nur an: IS-Versandzentrum, Postfach 66 66, 4830 Gütersloh 1.

■ CDU-ARGUMENTE

Auf dem Rücken der Kommunen

Finanzielle Auswirkungen der steuerlichen Maßnahmen der Regierungserklärung unter Berücksichtigung des kommunalen Finanzausgleichs zwischen Ländern und Gemeinden im Rechnungsjahr 1978

1. Abbau bei der Gewerbesteuer	436 Mio. DM
2. Anhebung der Sonderausgabenhöchstbeträge von 1 800 DM auf 2 100 DM	207 Mio. DM
3. Senkung des Vermögensteuersatzes für juristische Personen von 1 v. H. auf 0,7 v. H.; für natürliche Personen von 0,7 auf 0,5 v. H.	95 Mio. DM
4. Wegfall der Grunderwerbsteuer für den Erwerb von eigengenutzten Altbauwohnungen	34 Mio. DM
5. Ausdehnung des § 7 b EStG auf Althausbesitz	27 Mio. DM
6. Anerkennung von 600 DM als außergewöhnliche Belastungen für geschiedene und getrennt lebende Eltern sowie Eltern nichtehelicher Kinder	21 Mio. DM
	<hr/>
zusammen:	<u>820 Mio. DM</u>

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer würde den Gemeinden nach den Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände und einiger Länderfinanzminister rd. 800 Mio. DM an Mehrbelastungen bringen. Über den kommunalen Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden könnten die Gemeinden bei der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer rd. 600 Mio. DM an Mehreinnahmen verzeichnen, so daß eine Differenz von rd. 200 Mio. DM übrigbleibt.

Dies bedeutet, daß allein die steuerlichen Maßnahmen der Regierungserklärung den Gemeinden eine finanzielle Belastung von über einer Milliarde DM aufbürden. Hinzu kommen weitere finanzielle Belastungen der Gemeinden durch die Rentenpläne der Bundesregierung und durch eine geplante Neustrukturierung der Krankenhausfinanzierung. Die geplanten Rentenmaßnahmen der Bundesregierung werden weitere Ausgabesteigerungen bei der Sozialhilfe zur Folge haben. Die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden stiegen von 3,5 Milliarden DM im Jahre 1969 auf über 10 Milliarden DM im Jahre 1976.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Eisberg Ehrenberg

Bei dem viertägigen Renten-Hearing der abgelauteten Woche bekam Herbert Ehrenberg manches zu hören: wenig Zuspruch, viele Zweifel, massive Kritik. Wohl noch nie ist ein Bundessozialminister gegen Widerstand auf so breiter Front angetreten, wohl noch nie hat es eine so große und buntgewürfelte Koalition gegen ein Reformprojekt der Regierung gegeben.

Die Rentenversicherungen lehnen ab, die Verbände der Rentner und Kriegsoffer wollen auf die Straße gehen, Arbeitgeber und Gewerkschaften widersetzen sich gemeinsam, Krankenhäuser und Kassen schlagen Alarm, Ärzte wollen streiken. Der neue Sozialminister muß schon ein dickes Fell haben und über eine erstaunliche Portion Selbstbewußtsein verfügen, wenn er sich angesichts dieses breiten Widerstands immer noch optimistisch gibt. Hinter den Referenten-Entwürfen stehen bald nur noch die

Referenten. Gleichwohl will Ehrenberg, daß alles seinen geplanten Weg geht.

Das grenzt an Sturheit. Was kümmern den neuen Sozialminister die Bedenken der Fachleute, die glaubwürdig vorgebrachten Sorgen der Betroffenen? Den dickschädeligen Ostpreußen Ehrenberg scheint das alles nicht zu beeindrucken. Auch hat er die Stimmung von SPD und FDP noch nicht ausgelotet, und die Kampfeslust der Opposition gerade in diesem Punkt scheint er vollends zu unterschätzen.

Ob dieser Typ Technokraten ausgerechnet für das Sozialministerium geeignet ist, muß man bezweifeln. Denn wie in keinem anderen Ressort muß der Minister sich hier ein Gespür dafür erhalten, was in den Köpfen der Bürger vorgeht. Fragen der Alterssicherung und der Krankenversorgung gehen unter die Haut, und es ist gefährlich, sich kühl wie ein Eisberg darüber hinwegzusetzen.

Einer der Vorgänger Ehrenbergs, der CDU-Politiker Hans Katzer, erhält, seit die Rentendiskussion in Gang gekommen ist, täglich bis zu 200 Briefe von Menschen, die sich Sorgen machen. Und wer schreibt Ehrenberg?

Kölnische Rundschau, 5. Februar 1977

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId